

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Zustellungsstelle: Nachrichten Dresden  
Fernsprechkennzeichen: 25241  
Für die Redaktion: Nr. 20011  
Schriftleitung u. Anzeigenverwaltung:  
Dresden - U. 1, Marienstraße 24/25

Bezugspreis vom 1. bis 15. Februar 1930 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 RM.  
Bezugspreis für Monat Februar 2.40 RM. einw. 96 Pf. Beleggebühr (ohne Postzustellungsgebühr).  
Umsatzsteuer 10 Pf. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die ein-  
malige 20 mm breite Zeile 25 Pf., für auswärts 40 Pf. Familienanzeigen und Stellenangebote  
ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 20 mm breite Reklamazeile 200 Pf., außerhalb 250 Pf.  
Offertengebühr 20 Pf. Rückwärtige Aufträge gegen Vorauszahlung

Druk u. Verlag: Siebig & Reichardt,  
Dresden, Postfach-Nr. 1068 Dresden  
Redaktion nur mit dem. Curiausgabe  
(Dresden, Stadt.) zulässig. Unverlangte  
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

## Was Sardieu unter „Sanktionen“ versteht

### Wiederbesetzung des Rheinlandes, Beschlagnahme deutscher Häfen und Bergwerke!

#### Das zufriedene Frankreich

Drabhtbericht unseres Pariser Korrespondenten

Paris, 5. Febr. Briand und der Kolonialminister sind gestern, der Ministerpräsident Lardieu heute früh wieder nach London zurückgekehrt. Gestern nachmittag hat Lardieu noch die Vertreter der verschiedenen Fraktionen, die seine Mehrheit in der Kammer bilden, um sich versammelt, um ihnen über den Stand seiner Innen- und Außenpolitik Bericht zu erstatten.

In diesem Bericht über die Haager Konferenz hat Lardieu auf die günstige Lage aufmerksam gemacht, in der sich Frankreich auf Grund der Haager Abkommen befindet.

Der Youngplan trete endgültig an Stelle des Dawesplanes, und die wesentlichste Errungenschaft sei, daß Deutschland auf jede Inanspruchnahme des ausländischen Geldmarktes für seine eigenen Zwecke verzichtet habe, bis die Franke der Tributobligationen ausgegeben sei. Frankreich besitze also alle Garantien dafür, daß die Mobilisierung der deutschen Tributschuldun glatt vor sich gehe.

Ueber die Regelung der Sanktionen befragt, soll Lardieu nach dem Bericht des „Echo de Paris“ erklärt haben, wenn der Fall eintreten würde, daß Deutschland seine Zahlungen einstellt, und wenn ein für die Gläubiger Deutschlands günstiger Spruch des Haager Schiedsgerichtshofes erfolgt sei, so könne Frankreich ohne Zustimmung Deutschlands deutsche Häfen und Bergwerke beschlagnahmen und ebenso das Rheinland wieder besetzen.

Eine Behauptung darüber, daß das Blatt die Aeußerung Lardieus authentisch wiedergegeben hat, liegt an Berliner amtlichen Stellen noch nicht vor. Es wird aber schon jetzt in unierrieheten Kreisen betont, daß diese Auffassung im Vertrag keinerlei Begründung findet, da im Falle einer Zerreißung des Vertrages Schritte der Gläubigermächte nur im Rahmen des allgemeinen Völkerrechtes erfolgen können und außerdem noch von der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes abhängig gemacht sind.

Ueber das Verschwinden des Generals Kutipow befragt, hat Lardieu erklärt, der russische Botschafter habe ihn bei seinem Besuch auf verschiedene feindselige Kundgebungen aufmerksam gemacht, die vor der Botschaft stattgefunden hätten. Im übrigen aber habe der Besuch des russischen Botschafters bei ihm mit dem

#### Falle Kutipow

nichts zu tun gehabt. Lardieu fügte hinzu, daß es sich zunächst um eine reine Polizeifrage handele, und die französische Regierung so lange, als die Polizei nicht eine Mitschuld der Sowjetregierung an dem Verschwinden des Generals klar erwiesen habe, keinen Anlaß habe, ihre Beziehungen zur Sowjetregierung in irgendeiner Weise zu ändern.

Weitere Nachforschungen nach dem verschwundenen General sind bisher erfolglos geblieben. Man hört, daß die russischen Emigranten jetzt die Absicht haben, die Prämie für die Auffindung des Generals auf 500 000 Franken zu erhöhen. Die eine Spur, die die Pariser Polizei verfolgt, scheint sich in der näheren Umgebung von Paris zu befinden, wenigstens hat die Polizei gestern Hausdurchsuchungen in der russischen Kolonie in St. Germain-en-Laye vorgenommen, und zwar hauptsächlich in der Villa eines früheren russischen Generals, der vor dem Krieg schon als Militärattaché in Paris war und jetzt zur Handelsvertretung der Sowjetregierung gehört. Andere Spuren führen nach Mittelfrankreich. Ferner hat die Polizei im Hafen von La Rochelle die Ueberwachung aller Abreisenden, die lettische Pässe führen,

angeordnet. Das läßt darauf schließen, daß die Entführer des Generals mit lettischen Pässen versehen sind.

#### Die Regierungspresse und die Reichspresse

führen zum Teil noch immer eine sehr scharfe Sprache gegen die russische Regierung. Der „Matin“ antwortet auf die Drohungen der „Iswestija“: Wenn die russische Botschaft sich in Paris nicht mehr wohl fühlte, so werde niemand sie hindern, abzureisen, sondern neun Zehntel von Frankreich würden darüber enttäuscht sein, besonders, wenn sie ihre ganze Tscheka-Organisation mit nach Hause nehme. Niemand werde auch etwas einzuwenden haben, wenn die französischen Kommunistenführer, die im Solbe Rußlands stehen, von der Botschaft mit nach Rußland genommen werden. — Die radikal-sozialistische „Ere Nouvelle“ dagegen macht darauf aufmerksam, daß nicht nur die russischen Emigranten die Gäste Frankreichs seien, die ein Recht auf die Unterstützung der französischen Justiz hätten, sondern auch die russischen Diplomaten seien Frankreichs Gäste und hätten Anspruch auf eine höfliche Behandlung.

#### Auch Polen erhält ein Sanktionsrecht?

Berlin, 5. Febr. (Priv.-Meld.) In einem Artikel in einer Berliner Morgenzeitung behauptet der deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete Dr. v. Freytag-Loringhoven, daß Polen durch die Haager Abmachungen das Recht erhalten habe, seine Forderungen gegen Deutschland gegebenenfalls auf dem Wege von Sanktionen einzutreiben. Sachlich ist dazu zu bemerken, daß im Haag die Sanktionen endgültig beilegt worden sind und kein Sanktionsrecht mehr besteht, daß der Artikel also von falschen Voraussetzungen ausgeht. Außerdem haben das Abkommen über die Sanktionsfrage nur die sechs einladenden Mächte unterzeichnet. Polen ist nicht einbezogen.

Schlange-Schönungen, Mitglied der Landvolkpartei. Der Reichstagsabgeordnete Schlange-Schönungen ist in die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei eingetreten. Dieser Eintritt ist im Einverständnis mit der Volkskonservativen Vereinigung erfolgt.

## Der Youngplan im Reichsrat angenommen

Drabhtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 5. Febr. Im Reichsrat wurde heute das Haager Abkommen mit 48 gegen 6 Stimmen (Thüringen, Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Niederschlesien) bei 12 Enthaltungen (Bayern und Mecklenburg-Schwerin) angenommen.

Der Youngplan hat heute in öffentlicher Reichsratsitzung eine Mehrheit bekommen. Das war zu erwarten. Daß aber der bayrische Ministerpräsident persönlich in Berlin erschienen war, um einen bereits im Ausschuss unterbreiteten Antrag nochmals einzubringen, war eine Ueber- raschung. Dr. Feld hat bereits vor einiger Zeit eine Rede über den Youngplan gehalten, die sich scharf gegen die in diesem Vertragswerk wandte und die seinerzeit in der Reichsratskammer und bei wiederholt in wohlhabendem Worten und leidenschaftlicher Vortragweise die schwersten Bedenken, die gegen die Annahme des Youngplans an sich und gegen die Annahme ohne Finanzreform sprechen, vorgetragen. Dr. Curtius antwortete sehr scharf vor allem gegen den Einwand, daß auch dieser Vertrag auf der Kriegsschuld- läge basiere. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer versprach alsbald Sanierung und Finanzreform und erklärte, er habe bereits für Ende nächster Woche die Finanzminister der Länder nach Berlin gebeten. So drang der bayrische Ministerpräsident Dr. Feld nicht durch. Eine Verlegung des Youngplans kommt nicht in Frage. Das Gesetzeswerk wird angenommen. Thüringen stimmte mit einer Anzahl preussischer Provinzen dagegen. Bayern und Mecklenburg enthielten sich der Stimme, was in Berücksichtigung der Koalitionslage zweckmäßigerweise wohl auch Sachsen getan hätte. Eine Stunde Reichsratsitzung und der (allerdings bereits in den Ausschüssen gründlich vorbereitete) Youngplan war angenommen.

Die Beratungen hatten dann noch zwei Höhepunkte. Eine gewisse Sensation rief es hervor, als in der Aussprache

über das Bankgesetz der Berliner Bürgermeister Scholz einen Aenderungsantrag einbrachte, nach dem Schuldverschreibungen inländischer kommunaler Körperschaften ebenso behandelt werden sollten wie die des Reiches und der Länder. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen, worauf der Reichsaussenminister eine Doppelvorlage ankündigte.

Dann war noch von Interesse die Abstimmung über das Polenabkommen. Der ostpreussische Staatsrat v. Gahl beantragte, das Polenabkommen aus der Gesamtvorlage zu streichen. Dieser Antrag wurde mit 37:21 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen abgelehnt. Für die Gesamtvorlage der Liquidationen ergab sich eine Mehrheit von 43:12 Stimmen bei 11 Enthaltungen. Damit hatte der Youngplan und die mit ihm verknüpften Gesetze den Reichsrat passiert und sind nunmehr für die Reichstagsbehandlung reif.

#### Der Bericht des Ministerialdirektors

Berlin, 5. Febr. In der heutigen Vollsitzung beschäftigte sich der Reichsrat mit den Ergebnissen der Haager Konferenz. Der Generalberichterstatter, Ministerialdirektor Dr. Brecht, stellte fest, daß der Durchschnittswert der Annuitäten nach dem neuen Plan einschließlich der Zahlungen an die Vereinigten Staaten ohne die Dawesanleihe für die ersten 37 Jahre 1927,7 Millionen (für die ganze Zeit 1887 Millionen) beträgt, also mit der Dawesanleihe etwas unter 2 Milliarden Mark. Die Entlastung für 1929 beträgt, wenn man die Zahlungen an Belgien und den einmaligen Beitrag für die Kommissionen berücksichtigt, 618,3 Millionen, für 1930 685,1 Millionen Mark.

#### Der Gegenwärtige Wert der ganzen Reparationsschuld berechnet sich auf rund 34 Milliarden RM. zu 5% Proz.

Die jetzige Bemessung der Gesamtschuld erinnert an das Angebot der Regierung Freytag-Loringhoven im April 1921 in London, das auf 50 Milliarden Goldmark (abzüglich der bisherigen deutschen Vorleistungen) ging, wobei nach deutscher Rechnung eine Schuld von etwa 30 Milliarden Gegenwärtiger Wert übriggeblieben wäre. Die Gläubigermächte wiesen damals dieses Angebot — man kann wohl sagen — mit Hohn und Spott zurück und verlangten statt dessen 132 Milliarden Goldmark in Annuitäten, die ab 1929 5 Milliarden und ab 1932 6 Milliarden betragen sollten. Das Rein der damaligen deutschen Regierung beantworteten sie mit der Besetzung weiterer deutscher Städte.

Die jetzt vereinbarten Jahreszahlungen seien immer noch so hoch, daß niemand die Verantwortung übernehmen könne, ihre Ausbringung und noch weniger ihren Transfer als gesichert zu betrachten. Für unsere Entscheidung komme es aber nicht nur auf die absolute Höhe der Jahreszahlungen an, sondern wir müßten das Abkommen ablehnen. Es sei und bleibe in der Geschichte ohne Vorgang, daß ein Volk neben seinen eigenen Kriegskosten eine solche Kriegsschuld zahlen soll. Aber die Jahreszahlungen seien doch wesentlich geringer als die, zu denen wir letztendlich auf Grund des Londoner Abkommens von 1921 verpflichtet seien.

Der Berichterstatter wies darauf hin, daß unsere wirtschaftliche Lage im Zeichen schwerer Krisen stehe. Mit der Annahme des neuen Planes höre die unwürdige Finanzkontrolle auf.

#### Sier Gründe,

und zwar erstens die sofortige Ermäßigung der Gesamtannuität um zunächst rund 700 Millionen, zweitens die Möglichkeit, bei weiterer ungünstiger Wirtschaftsentwicklung neue Verhandlungen herbeizuführen, drittens die wirtschaftlichen katastrophalen Folgen einer Ablehnung, viertens der Fortfall der Finanzkontrolle, hätten die Ausschüsse veranlaßt, trotz der unabweisbaren Gesamtlast die Zustimmung zu dem Abkommen zu empfehlen. Zu diesen finanziellen Gründen

## Die Schematisierung des Gultschiner Ländchens

### Ausnahmestand seit zehn Jahren

Berlin, 5. Febr. (Eig. Drahtm.) Am gestrigen 4. Februar führte sich zum 10. Male der Tag, an dem die tschechischen Truppen das auf Grund des Schandvertrags von Versailles von Deutschland gegen den Willen seiner Bevölkerung losgerissene und an die Tschedoslawaken übertragene Gultschiner Ländchen besetzten. Damals schrieb die tschechische Presse von der Begeisterung, mit der die „Gultschiner Tscheden“ zum Mutterlande zurückgekehrt seien.

Diese „Begeisterung“ war so groß, daß man heute nach 10 Jahren noch das „besetzte“ Land unter Ausnahmestand hält.

Und der Diktatur des tschechischen Landespräsidenten unterstellt hat. Mit allen erdenklichen Mitteln sucht man die deutsche Bevölkerung zu tschechisieren. Sämtliche deutschen Schulen wurden gesperrt, und zwar auf Grund einer, wie jetzt feststeht, schamlos gefälschten Volkszählung. Deutsche Arbeiter wurden ausgewiesen, deutsche

Gewerbetreibende ruiniert, alle Staatsstellen mit tschechischen Beamten besetzt. Fünf Jahre lang durften die Gultschiner ihr Wahlrecht nicht ausüben. Die deutschen Muttergüter des Fürsten Vichowitsch und des Barons Rothschild wurden auf Grund der „Bodenreform“ unter Tscheden aufgeteilt. Man findet kein Ende mit der Aufkündigung der Rechtsbrüche, die hier mitten im „zivilisierten“ Europa mit Billigung der Großmächte an einem fleißigen Volke ausübt wurden.

#### Und trotz all dieser Verfolgungen haben die Gultschiner ihr Deutschtum nicht vergessen.

Sie halten trotz allem an ihrer alten Heimat fest und beweisen bei jeder Wahl in die Gemeindevorstellungen und ins Parlament, daß sie deutsch sind und deutsch bleiben wollen. Es ist ein heroischer Kampf, den diese armen, deutschen Bauern gegen einen übermächtigen Terror ihrer Herren führen. Gerade deshalb sollte sich das reichsdeutsche Volk gerade in diesen Tagen an das unglückliche Gultschiner Ländchen erinnern.